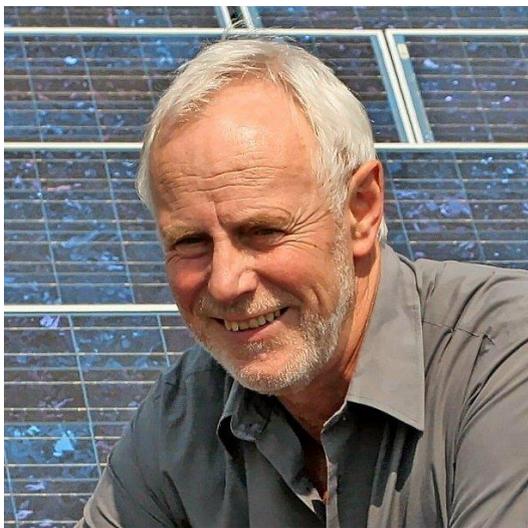


Energiegenossenschaft will mit Windpark zusammenarbeiten

Möglichkeiten eines Bürgerwindrades bei Redderse sollen erörtert werden: „Beteiligungsmöglichkeit der Bürger ist wichtige Voraussetzung für Akzeptanz“

Von Dirk Wirausky



Redderse. Die Energiegenossenschaft Calenberger Land (Ener:go) wünscht sich im geplanten Windpark zwischen Degersen und Redderse ein Bürgerwindrad. Einen entsprechenden Brief hatte sie bereits an die Bürgermeister von Gehrden und Wennigsen geschrieben. [Unterstützt wird der Vorschlag auch von den Grünen.](#) Nun hat sich Ener:go auch an den Bremer Investor wpd gewandt.

In dem Schreiben bezieht sich Ener:go auf die Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2023), das seit dem 1. Januar in Kraft ist. Es sieht eine besondere Förderung von Bürgerenergiegesellschaften vor. „Dies könnte jetzt in Gehrden und Wennigsen mit dem Windpark konkret umgesetzt werden“, meint Edmund Jansen von der Ener:go. In diese Entwicklung sei wpd als Windparkprojektentwickler ganz wesentlich eingebunden.

„Die Entscheidung, auf den vorgesehenen Flächen Windräder zu errichten, bewerten wir grundsätzlich sehr positiv“, meint Jansen. Zur Erreichung der im Klimaschutzgesetz festgelegten Ziele sei die unverzügliche Umsetzung der Energiewende mit der Errichtung von neuen Windenergieanlagen dringend erforderlich. Proteste und Widerstände von Bürgern seien aber nicht auszuschließen. Große Windenergieanlagen ließen sich nicht über die Köpfe der Menschen hinweg errichten. Eine Beteiligungsmöglichkeit der

Bürger an solchen Anlagen, die bei Redderse bis zu 225 Meter hoch sein werden, sei aber eine wichtige Voraussetzung für deren Akzeptanz.

Die „Lasten“ des Windenergieparks Degersen-Redderse, für den sechs Windenergieanlagen geplant sind, hätten vor allem die unmittelbar anwohnenden Bürgerinnen und Bürger in Redderse und in Degersen sowie in Egestorf und Langreder zu tragen. Diese hätten direkten Sichtkontakt auf den Windpark und würden diesen daher als eine erheblich bedrängende Belastung empfinden, so Jansen. „Ihnen sollte als erstes die Chance geboten werden, durch aktive Bürgerbeteiligung an mindestens einer Windenergieanlage an der Wertschöpfung aus der Produktion von erneuerbaren Energien zu partizipieren“, schlägt Jansen vor.

Die Energiegenossenschaft würde mit wpd gern über eine Zusammenarbeit sprechen. „Dies könnte für beide Seiten von Vorteil sein“, sagt Jansen – für wpd als Windparkbetreiber und für die Energiegenossenschaft als Vertreterin der Bürgerinteressen. Ziel könne sein, das Windparkprojekt im Einklang mit den Kommunen sowie den betroffenen Bürgern und Bürgerinnen erfolgreich zu realisieren.

Ähnliches strebt auch die Region an. Mehr Windenergieanlagen bedeuteten in der Region, in erheblichem Maße von mehr Wertschöpfung profitieren zu können, sagte kürzlich Jens Palandt, Dezernent für Umwelt, Klima, Planen und Bauen. Das Land Niedersachsen arbeite in diesem Zusammenhang an neuen gesetzlichen Regelungen, mit denen die Kommunen und die vom Windenergieausbau Betroffenen künftig deutlich stärker profitieren.

Mit dem Thema Bürgerwindrad befasst sich am Mittwoch, 8. März, auch der Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie. Dort ist mit Heinz Herbort ein Vertreter des Bremer Projektierers und Windparkbetreibers wpd zu Gast. Beginn ist um 18 Uhr im Bürgersaal.